



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum
Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden

Referenten Herr Grobba
Abteilung 2.2
Unser Zeichen MG/Lo

Telefon 06108 6001-39
Telefax 06108 6001-57
E-Mail hsgeb@hsgeb.de

Ihr Zeichen I 4 D-078-a-10-00004
Ihre Nachricht vom 17.03.2025
Datum 08.04.2025

Anhörung zum Verordnungsentwurf zur kommunalen Wärmeplanung

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Dr. Neidig,

wir bedanken uns für die Übersendung des Verordnungsentwurf zur kommunalen Wärmeplanung und der Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass nunmehr das Land Hessen eine Regelung geschaffen hat, um Gemeinden, die über das Hessische Energiegesetz hinaus zur Erstellung eines Wärmeplanes verpflichtet werden, die Möglichkeit zu einem finanziellen Ausgleich der durch das Wärmeplanungsgesetz verursachten Mehrkosten gewährt wird. Sind aber besorgt darüber, dass die Erstellung einer Wärmeplanung auch zu einer sehr starken Belastung der Kommunalverwaltungen führt, die bereits jetzt an der Belastungsgrenze stehen.

Hinsichtlich des Verordnungsentwurfes ist Folgendes auszuführen:

1. § 1 Planungsverantwortliche Stelle und Rechtsaufsicht

Mit dieser Regelung wird verdeutlicht, dass es sich bei der Wärmeplanung um eine neue Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen handelt. Insofern müssen die Kosten, nach dem Konnexitätsgrundsatz durch die übergeordneten gesetzgebenden Stellen getragen werden.

**Hessischer Städte- und
Gemeindebund e.V.**
Henri-Dunant-Str. 13
D-63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0
Telefax 06108 6001-57

BANKVERBINDUNG
Sparkasse Langen-Seligenstadt
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31
BIC: HELADEF1SLS

Steuernummer: 044 224 00204

PRÄSIDENT
Markus Röder
ERSTER VIZEPRÄSIDENT
Dr. Johannes Hanisch
VIZEPRÄSIDENT
Matthias Baaß

GESCHÄFTSFÜHRER
Johannes Heger
Dr. David Rauber
Harald Semler

Begrüßt wird, dass über die Regelung in § 1 Abs. 3 des Entwurfes eine eindeutige rechtliche Regelung geschaffen wird, damit Gemeinden die Wärmeplanung im Verbund – insbesondere um Kosten zu sparen - umsetzen können. Es sollte in der Verordnung klargestellt werden, dass es auch bei einer Konvoi-Lösung – hinsichtlich der Festlegung, ob die Voraussetzungen für eine vereinfachte kommunale Wärmeplanung gegeben sind – auf das jeweilige Gemeindegebiet abzustellen ist und keine Addition der Einwohnerzahlen erfolgt.

2. Zu § 2 Vereinfachtes Verfahren

Der Verordnungsentwurf sieht in § 2 Abs. 2 vor, dass eine vereinfachte Wärmeplanung für Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohner möglich ist, schöpft jedoch nach unserer Auffassung die Möglichkeiten, die das Wärmeplanungsgesetz eröffnet, nicht vollständig aus. Weder wird den Kommunen das Recht eingeräumt den Kreis der gem. § 7 Wärmeplanungsgesetz Anzuhörenden zu verkürzen, noch sind die vorgesehenen Regelungen so umfassend, dass tatsächlich von einer vereinfachten Wärmeplanung gesprochen werden kann, da das Land seine Möglichkeiten von den gesetzlichen Vorgaben im Wärmeplanungsgesetz abzuweichen, nicht vollständig ausschöpft.

Lediglich § 2 Abs. 2 Nr. 2 regelt, dass von der Einzeldarstellung der Eignungsstufen der Wärmeversorgungsarten nach § 19 Abs. 2 des Wärmeplanungsgesetzes abgesehen werden kann, wenn tatsächlich ein Plan im Sinne von § 9 Abs. 2 des Wärmeplanungsgesetzes vorliegt. Weitere umfassende Ausnahmen von der umfangreichen und kostenaufwendigen Darstellung und Kartografierung des Gemeindegebietes für die Erstellung eines Wärmeplanes, werden in dem Verordnungsentwurf nicht geregelt.

Mithin könnte in der Verordnung ergänzt werden, dass auf eine umfassende kartografische Darstellung der Bestandsanalyse gem. Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 2 zu § 23 Wärmeplanungsgesetz verzichtet wird. Des Weiteren könnte auf eine kartografische Darstellung gem. der Regelung in Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 2 Wärmeplanungsgesetz für den Anteil der Energieträger am jährlichen Energieverbrauch für Wärme auf Baublockebene gem. Nr. 3 der Anlage 2 Abschnitt I Nr. 2 WPG und die Darstellung der Anzahl dezentraler Wärmeerzeuger auf Baublockebene gem. Nr. 4 der

Anlage 2 Abschnitt I Nr. 2 WPG ebenfalls verzichtet werden, soweit eine sektorale Zuordnung in die Verbrauchssektoren erfolgt.

Die Verpflichtung zur Darstellung des überwiegenden Gebäudetypes in baublockbezogener Form gem. Nr. 5 der Anlage 2 Abschnitt I Nr. 2 WPG könnte entfallen, wenn eine sektorale Zuordnung für die Verbrauchssektoren Haushalt, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, Industrie sowie öffentliche Liegenschaften erfolgt.

Die überwiegende Baualtersklasse der Gebäude im baublockbezogener Form gem. Nr. 6 der Anlage 2 Abschnitt I Nr. 2 WPG, sowie die Darstellung der bestehenden, geplanten oder genehmigten Gasspeicher gemäß Nr. 10 der Anlage 2 Abschnitt I Nr. 2 WPG wären für eine vereinfachte Wärmeplanung ebenfalls entbehrlich.

Des Weiteren ist anzuregen, ob nicht auch auf die räumlich differenzierte Darstellung der abgeschätzten Potenziale zur Energieeinsparung durch Wärmebedarfsreduktion gem. Anlage 2 Abschnitt II Satz 4 WPG verzichtet werden kann. Das Gleiche gilt für die Darstellung von Teilgebieten mit erhöhten Energieeinsparungspotential gem. § 18 Abs. 5 WPG in Verbindung mit der Anlage 2 Abschnitt IV Abs. 4 WPG.

Abschließend regen wir an, dass auf die unverzügliche, gesonderte Veröffentlichungsverpflichtung für die jeweiligen Ergebnisse der Bestandsanalyse und Potentialanalyse nach § 13 Abs. 2 WPG verzichtet wird. Es müsste im Falle einer vereinfachten Wärmeplanung ausreichend sein, dass eine Veröffentlichung der jeweiligen Ergebnisse zusammen mit dem Entwurf des Wärmeplanes nach § 13 Abs. 3 Satz 3 WPG erfolgt.

3. Zu § 3 Anzeige und Bewertung

Gem. § 3 Abs. 1 entscheidet das Ministerium alleine darüber, welche weiteren Kennzahlen bei der Darstellung des Wärmeplanes mit zu nennen und zu veröffentlichen sind. Diese Regelung erscheint uns willkürlich, da im Nachhinein deutlich höhere Auflagen und Anforderung an den Wärmeplan gestellt werden können, als mit der ursprünglichen gesetzlichen Regelung vorgesehen. Wir bitten dies zu überdenken.

4. Zu § 5 finanzieller Ausgleich

Wir begrüßen es, dass das Land nunmehr einen vollständigen finanziellen Ausgleich für die zusätzliche kommunale Aufgabe der kommunalen Wärmeplanung bereitstellt. Sehen den in Ansatz gebrachten Betrag als unzureichend an. Insbesondere dürften die Sockelbeiträge, die für die Gemeinden inklusive der Zuschläge pro Einwohner gewährt werden, unzureichend sein, um die tatsächlichen Kosten einer kommunalen Wärmeplanung abzubilden.

Hierzu verweisen wir insbesondere auf die Darstellung auf der Informationsplattform des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende (KWW), dass von der Deutschen Energieagentur im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz Informationen bereitstellt. Demnach belaufen sich nach einer Befragung für das Jahr 2024 die Kosten für die kommunale Wärmeplanung in Hessen auf durchschnittlich einen Betrag zwischen 80 Cent bis 4,10 € pro Einwohner. Nach diesen Feststellungen sinken die Kosten in Abhängigkeit auf die Größe einer Kommune; mithin wird die Wärmeplanung in größeren Kommunen deutlich günstiger als in kleinen Kommunen. Mithin werden kleinere Kommunen überdurchschnittlich durch die Aufstellung einer kommunalen Wärmeplanung finanziell belastet. Es wird davon ausgegangen, dass der Personaleinsatz bei einer Kommune in Hessen durchschnittlich bei ca. 1,15 Vollzeitstellen pro Kommune liegt. Mithin werden die in der kommunalen Wärmeplanungsverordnung vorgesehenen Ersatzbeiträge, die maximal einen Sockelbetrag in Höhe von 22.000 € zuzüglich 22 Cent je Einwohner betragen, nicht auskömmlich sein, um die Kosten zu refinanzieren. Im Falle einer Kommune mit bis zu 10.000 Einwohner reduziert sich der Sockelbetrag auf 10.000 € zuzüglich eines Zuschlages in Höhe von 22 Cent pro Einwohner.

Auf der Grundlage einer Kommune mit 10.000 Einwohnern, würde dies zu einer Zahlung in Höhe von 16.200 € führen. Legt man die Zahlen des KWP zugrunde, wäre mit tatsächlichen Kosten von mindestens 20.000 bis 30.000 € zu rechnen. Mithin ist der in der Verordnung vorgesehen Finanzierungsrahmen unzureichend. Die vom Land angebotene Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung erfüllt daher nicht ansatzweise die Anforderung, die nach dem Konnexitätsgrundsatz zu stellen sind. Der Anreiz, der mit der Regelung in § 5 Abs. letzter Satz des Entwurfes gesetzt wird, stellt nur ein unzureichendes Trostpflaster dar. Die Erhöhung eines finanziellen Ausgleichs

im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, schafft keine ausreichende Vertrauensgrundlage, um davon auszugehen, dass das Land seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Finanzierung dieser neuen Aufgabe nachkommt.

Im Ergebnis führt die unzureichende Finanzierungsregelung letztendlich nur dazu, dass eine Gemeinde, die auf einen sparsamen Umgang von Haushaltsmitteln angewiesen ist, die kommunale Wärmeplanung möglichst kostengünstig gestalten muss, indem große Ausschlussgebiete identifiziert werden, um die Planungskosten zu reduzieren. Ob damit das Ziel, welches zu Recht mit der kommunalen Wärmeplanung verfolgt wird, erreicht wird, ist mehr als fraglich.

Wir hoffen, dass unserer Anregungen Eingang in den Entwurf der Wärmeplanungsverordnung finden, damit dieses notwendige und sinnvolle Vorhaben für alle Kommunen auch sinnvoll umgesetzt werden kann.

Wir verbleiben
mit freundlichen Grüßen

Johannes Heger
Geschäftsführer